



**Stellungnahme  
in der öffentlichen Anhörung  
zum Genehmigungsverfahren des Steinkohlekraftwerkes Lubmin  
26. November 2008 in Greifswald**  
Dr. Hans-Jürgen Abromeit  
Bischof der Pommerschen Evangelischen Kirche

---

Nach dem mit großer Sorgfalt und - soweit ich es verfolgen konnte – auch in Fairness viele Details besprochen worden sind, die es bei der Genehmigung oder der Versagung der Genehmigung zu bedenken gilt, ist es jetzt vielleicht an der Zeit, den Blick auf die großen Zusammenhänge zu richten, innerhalb derer das Vorhaben steht. Ich darf dabei nicht nur für mich persönlich sprechen, sondern auch für die Pommersche Evangelische Kirche, immerhin der größten zivilgesellschaftlichen Organisation in Vorpommern. Es tut dem ganzen Genehmigungsverfahren gewiss gut, an dieser Stelle auf die Werte zu rekurrieren, die unsere europäische Zivilisation 2000 Jahre lang stark bestimmt hat.

Mir war von Anfang an in der Auseinandersetzung daran gelegen, aus evangelisch – sozialemischer Perspektive eine differenzierte Debatte zu führen. Ich sehe durchaus die Notwendigkeit, innerhalb eines energiepolitischen Konzeptes für Deutschland die bisher noch vom Atomstrom mit 30% gewährleistete Grundlast auf andere Energieträger zu verteilen. Ich achte auch die Leistung der Führung der Energiewerke Nord, am Energiestandort Lubmin nach Rückbau des früheren Kernkraftwerks keine Industriebrache zu hinterlassen, sondern einen modernen Industriestandort zu entwickeln. Dabei spielt natürlich Energie am alten Energiestandort Lubmin eine große Rolle. Ich bewerte die geplante Netzeinspeisung des durch einen off-shore-Windpark vor Rügen produzierten Stromes in Lubmin positiv. Ebenso die entstehende Erdgaspipeline durch die Ostsee und die zwei geplanten Gaskraftwerke. Und mir ist wichtig, dass niemand wegen seines Einsatzes für den Bau eines Steinkohlekraftwerkes persönlich diffamiert wird.

In der ganzen Debatte darf dabei nicht aus dem Blick geraten, dass den Menschen in unserer Region auch eine berufliche Perspektive geboten werden muss. Auf dem Hintergrund der Erwerbssituation und der nicht gerade hoffnungsvoll stimmenden konjunkturellen Prognosen für 2009 ist zu verstehen, dass allein die geplante Industrieansiedlung für manchen Bürgermeister und manche Bürgerinnen und Bürger wie ein Evangelium klingen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass das geplante Steinkohlekraftwerk wenige, zumeist hoch spezialisierte, Fachkräfte beschäftigen wird. Und wenn dann zugleich mit diesen Arbeitsplätzen mittelfristig eine weitaus höhere Zahl an Beschäftigungsverhältnissen im Tourismus auf dem Spiel steht und langfristig durch gutachterlich prognostizierte Schadstoffemissionen mit negativen Auswirkungen auf die Gesundheit der heutigen und der nachfolgenden Generationen gerechnet werden muss, dann erscheint das Klammern an diese Arbeitsplätze wie ein Sägen an dem Ast, auf dem man selbst sitzt. Arbeitsplätze zu schaffen ist sinnvoll, wenn sie nicht langfristig den Lebensraum gefährden. Wenn wir also – und das halte ich für das Entscheidende - über energiepolitische Alternativen nachdenken, dann ist das zugleich ein Nachdenken über Erwerbsalternativen für die Menschen unserer Region.



Das für mich entscheidende Argument in der Auseinandersetzung um das Steinkohlekraftwerk ist die Bewahrung der Schöpfung. Dies ist eine Aufgabe, die Gott uns Menschen aufgetragen hat. In der Debatte um den Klimawandel hat das internationale Expertengremium für Klimawandel (International Panel of Climate change – IPCC) deutlich gemacht, dass nicht viel Zeit bleibt, um den Klimawandel mit seinen Konsequenzen nachdrücklich zu beeinflussen. Es gibt keine seriösen Zweifel an der menschlichen Verursachung des gegenwärtigen Klimawandels. So ist – um nur wenige Fakten hier zu wiederholen - der gegenwärtige CO<sub>2</sub>-Gehalt höher als jemals zuvor in den vergangenen 650.000 Jahren der Erdgeschichte. Elf der vergangenen zwölf Jahre waren die wärmsten seit Beginn der Klimaaufzeichnungen im Jahre 1850. Die Gründe zur Besorgnis haben sich gegenüber früheren Untersuchungen bestätigt und teilweise verstärkt. Der Klimawandel hat bereits jetzt einen nachweislichen Einfluss auf physische und ökologische Systeme. Der Anstieg des Meeresspiegels gefährdet viele küstennahe Siedlungen. Erste Zwangsumsiedlungen von Menschen sind in pazifischen Inselstaaten bereits erfolgt. Dramatisch sind die Auswirkungen des Klimawandels auf die belebte Mitwelt und die Mitgeschöpfe. 20 – 30% aller bekannten Arten sind von dem Aussterben bedroht. Noch besteht allerdings kein Grund zur Resignation, denn noch können wir dem Klimawandel entgegensteuern.

Wenn nun ausgerechnet am Greifswalder Bodden, im Einzugsgebiet der Urlauberinseln Usedom und Rügen, die dänische Firma DONG-Energy ein großes Steinkohlekraftwerk bauen will, dann passt das nicht zu dem Auftrag, die Schöpfung zu bewahren. Im Zeitalter des Klimawandels sollen für 1,5 Milliarden Euro zwei 800-Megawatt-Blöcke in die Lubminer Heide gesetzt werden, in denen ab 2012 jährlich 3,6 Millionen Tonnen Importsteinkohle aus Australien und China verfeuert werden sollen. Die zwei Blöcke würden bei 80-prozentiger Auslastung jährlich bis zu 10 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> produzieren. Bisher hat unser Bundesland lediglich einen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 13 Millionen Tonnen. Zudem würden sich auch Teile des Greifswalder Boddens durch das eingeleitete Kühlwasser aufheizen, was das Ökosystem verändern würde. Solange Kohlekraftwerke einen so hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß haben, so lange dürfen keine neuen Kohlekraftwerke gebaut werden.

Im Mai 2007 hat Bischof Wolfgang Huber, der Ratsvorsitzende der EKD, die G8-Staaten an ihre Selbstverpflichtung zur Reduzierung der Treibhaus- Emissionen erinnert und dazu aufgefordert, sich den heute notwendigen Entscheidungen nicht zu verweigern. Die gebotene Entscheidung ist, auf andere Energieträger nicht fossilen Ursprungs auszuweichen. Weil die Industrienationen die Hauptverursacher für den Klimawandel sind, müssen sie auch in dieser Entwicklung voran gehen.

Um die Gefahren für die Erde noch abzuwehren, geht es darum die Ursachen des Klimawandels zu minimieren. Wir brauchen eine Wende zu einer dauerhaft naturverträglichen Wirtschafts- und Lebensweise, biblisch gesprochen: - eine Umkehr.

Wir leben auf dieser einen Erde. Nach christlichem Verständnis ist Gott der Schöpfer dieser Welt. Das Lebenshaus Erde ist ein Werk Gottes. Gott, der Schöpfer, hat den Menschen zu seinem Ebenbild geschaffen. Dabei geht es um den Menschen als soziales Wesen, um die menschliche Gemeinschaft schlechthin. In dieser Gottebenbildlichkeit wird der Mensch sowohl beauftragt, „die Erde zu beherrschen“, wie auch sie „zu bebauen und zu bewahren“.



Der Mensch ist zusammen mit Tieren und Pflanzen erschaffen worden und teilt mit ihnen den Lebensraum auf der Erde teilt (1. Mose 1,24-30). Andererseits ist der Mensch das einzige Geschöpf, das mit Gott kommunizieren und von ihm angesprochen werden kann (1,29), was ihn somit zur Wahrnehmung seiner globalen Mitverantwortung befähigt. Das Beherrschen der Erde meint nicht einen Herrscherauftrag im Sinne eines „absoluten Zueignungsrechts auf alle Dinge“ (G.W.F. Hegel), sondern im Sinne einer Fürsorgepflicht. Es geht um eine kontrollierte, verantwortliche Machtausübung- um die Vorsorge und Fürsorge für den gemeinsamen Lebensraum. Geschichten wie die Flutgeschichte von 1. Mose 6-8 führen uns vor Augen, was geschehen kann, wenn der Mensch seiner Verantwortung nicht gerecht wird.

Der enge Zusammenhang von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, wie er im konziliaren Prozess der 80er und 90er Jahre betont wurde, erhält durch den Klimawandel neue Aktualität. Denn von dem Klimawandel sind hauptsächlich die Entwicklungsländer betroffen. Wie wir leben, hat immer auch Konsequenzen für die anderen. Als Kirchen stehen wir in besonderer Verantwortung gegenüber unseren Partnerkirchen- als Pommersche Evangelische Kirchen gegenüber den Kirchengemeinden und Projekten in Tansania und Südafrika. Vor allem der steigende Energieverbrauch verursacht den Treibhauseffekt. Noch gehen 78% der genutzten Primärenergie auf Kosten der Industrieländer. Jedoch steigt die Energienachfrage in den armen Ländern durch Bevölkerungswachstum und Nachholbedarf bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung voraussichtlich um 2,6 Prozent jährlich bis zum Jahre 2020. Energie ist ein Schlüsselfaktor für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung. Vor diesem Hintergrund weist das Bauvorhaben eines Steinkohlekraftwerkes in Lubmin eindeutig in die falsche Richtung.

Die in den letzten Monaten veröffentlichten Gutachten über die zu erwartenden Veränderungen in der Gewässer- und Luftqualität durch einen Kraftwerksbetrieb in Lubmin haben diese Einschätzung bestätigt. Zwar spricht das Leibniz-Institut für Ostseeforschung in Warnemünde in seinem Endbericht zu „Physikalischen und ökologischen Auswirkungen einer Kühlwasserausbreitung im Greifswalder Bodden“<sup>1</sup> vom Juni davon, dass sich die schlimmsten Befürchtungen nicht bestätigen. Ein Kraftwerksbetrieb würde demnach lediglich lokale – wenn auch dort massive - Auswirkungen auf das Ökosystem haben. Nimmt man jedoch die prognostizierte Erwärmung der Ostsee durch den Klimawandel um 1-3° und deren ökologische Auswirkungen hinzu, dann wird deutlich, dass durch den Kraftwerksbau das Gegenteil von dem passiert, was nötig wäre, um die Konsequenzen des Klimawandels für unsere Region abzufedern: In ihren Auswirkungen auf die Lebensgrundlage der hier lebenden Menschen würden sich beide Entwicklungen gegenseitig verstärken.

Ähnliches lässt sich sagen im Blick auf die Gutachterliche Stellungnahme zur Luftschadstoffemission durch das Institut für Umwelthygiene und Umweltmedizin (Gelsenkirchen)<sup>2</sup> vom

---

<sup>1</sup> Quelle: [http://www.staun-mv.de/cms2/StAUN\\_prod/StAUN/de/st/Themen/Immissions-\\_und\\_Klimaschutz/Umweltinformationen\\_und\\_Antragsunterlagen\\_zum\\_Steinkohlekraftwerk\\_Lubmin/Fachgutachten\\_und\\_Videofilme/index.jsp](http://www.staun-mv.de/cms2/StAUN_prod/StAUN/de/st/Themen/Immissions-_und_Klimaschutz/Umweltinformationen_und_Antragsunterlagen_zum_Steinkohlekraftwerk_Lubmin/Fachgutachten_und_Videofilme/index.jsp), besucht am 25.11.2008.

<sup>2</sup> Institut für Umwelthygiene und Umweltmedizin (Gelsenkirchen): „Gutachterliche Stellungnahme zu den gesundheitlichen Auswirkungen der von dem geplanten Steinkohlekraftwerk Lubmin emittierten Luftschadstoffe“, Quelle: [http://www.staun-mv.de/cms2/StAUN\\_prod/StAUN/de/st/Themen/Immissions-](http://www.staun-mv.de/cms2/StAUN_prod/StAUN/de/st/Themen/Immissions-)



September 2008. Auch wenn das Gutachten zusammenfassend feststellt, dass das Vorhaben nicht das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit gemäß Artikel 2.2 Grundgesetz verletze, geht es doch von einer im worst-case-Szenario „quantitativ als durchaus erheblich“ einzustufenden Quecksilbereintrag in den Greifswalder Bodden und der Emission von „krebserzeugenden Schwermetallverbindungen“ aus.<sup>3</sup> Empirisch sei – so dieses Gutachten im Unterschied zu anderen, die von einer 17fachen Erhöhung der Quecksilberbelastung ausgehen<sup>4</sup> - beides nicht relevant. Dass dabei auf die entstehenden Gesundheitsrisiken verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark reagieren, darauf haben Angehörige von Heilberufen in ihrem offenen Brief vom März hingewiesen.<sup>5</sup>

Wenn auch das Sozialministerium in einer Stellungnahme vor einer Ausbreitung des für den Menschen gefährlichen Bakteriums *Vibrio vulnificus* warnt,<sup>6</sup> dann wird deutlich, dass sich im Falle eines Kraftwerksbetriebs Gefahrenquellen summieren, die eine erhebliche Belastung für die Natur und die Menschen darstellen.

Es geht bei der Genehmigung des Steinkohlekraftwerkes nicht nur um eine Infragestellung der Eigenwerbung des Bundeslandes als „Gesundheitsland“ und ein Hintertreiben der selbst gesetzten Ziele in der Qualitätssicherung des Lebensmittels Fisch und der Entwicklungsziele für den Greifswalder Bodden, sondern ganz zentral um die Risikominimierung für die Menschen der Region und ihre Gäste. Sehenden Auges würden wir in Kauf nehmen, dass die nachwachsende Generation ökologischen und gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt wird, die kaum absehbar sind und deren Vermeidung unmittelbar geboten erscheint.

Aus ethischer Verantwortung für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen appelliere ich als Bischof der Pommerschen Evangelischen Kirche daher an die verantwortlichen Entscheidungsträger, kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin zu genehmigen und Alternativen zu fördern und wiederhole dabei, was ich schon an anderer Stelle zu diesem Thema gesagt habe: „Tun Sie alles, um zu einer Begrenzung des Anstiegs der globalen Mitteltemperatur zu kommen. Erhalten Sie die Qualität von Luft und Wasser in Vorpommern.“

Dabei spreche ich hier auch im Namen der Pommerschen Evangelischen Kirche, die im Blick auf das Genehmigungsverfahren zum Bau des Steinkohlekraftwerkes auf ihrer Landessynode vor einem Jahr (19. November 2007) beschlossen hat – ich zitiere -:

„In Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung ist es der Synode unverständlich, dass eine solch hohe Umweltbelastung für die Energieerzeugung in Kauf genommen werden soll. Die Synode appelliert an die Politik, umweltfreundliche Energieerzeugungsformen zu fördern und die selbst gesetzten Klimaschutzziele in ihrer Energiepolitik in die Tat umzusetzen.“

Wenige Wochen später hat die Kreissynode des Kirchenkreises Greifswald am 8. Dezember 2007 folgenden Beschluss gefasst:

---

\_und\_Klimaschutz/Umweltinformationen\_und\_Antragsunterlagen\_zum\_Steinkohlekraftwerk\_Lubmin/Fachgutachten\_und\_Videofilme/index.jsp, besucht am 25.11.2008.

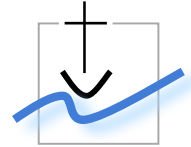
<sup>3</sup> Seiten 1 und 2 der gutachterlichen Stellungnahme.

<sup>4</sup> vgl. taz vom 24.11.2008.

<sup>5</sup> Offener Brief der Heilberufe gegen ein Steinkohlekraftwerk in Lubmin, Quelle:

<http://www.ostseereporter.de/Tips5/Offener%20Aertztebrief%20MIT%20UNTERZEICHNERN%20gegen%20ein%20Steinkohlekraftwerk%20in%20Lubmin.pdf>, besucht am 24.11.2008.

<sup>6</sup> Quelle: <http://www1.ndr.de/nachrichten/dossiers/kohlekraft/lubmin156.html>, besucht am 25.11.08.



„Die Kreissynode des Kirchenkreises Greifswald stellt sich ausdrücklich hinter das Votum der Synode der PEK gegen den Bau des geplanten Kohlekraftwerkes in Lubmin. Sie hält das dort geplante Projekt für nicht zukunftsfähig (den notwendigen CO<sub>2</sub>-Emissionszielen für nicht angemessen).“

Der Pommerschen Evangelischen Kirche ist es dabei daran gelegen, die Lebensgrundlagen der Menschen unserer Region und die unserer Nachkommen zu verbessern. Unsere Kinder, die nachfolgenden Generationen, werden die Folgen der heute gefassten Beschlüsse zum Steinkohlekraftwerk zu tragen haben. Und genau diese Lebensgrundlagen sehen wir mit der Genehmigung des Betriebes eines Steinkohlekraftwerkes in ernster Gefahr.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.